

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 77. Ratssitzung vom 4. Dezember 2019

1979. 2018/213

Motion von Elisabeth Schoch (FDP) und Albert Leiser (FDP) vom 06.06.2018: Vergabe der gemeinnützigen Wohnungen an über 70-jährige Personen gemäss ihrem Bevölkerungsanteil

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab, ist jedoch bereit, sie als Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

***Elisabeth Schoch (FDP)** begründet die Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 93/2018): In diesem Vorstoss geht es um Chancengerechtigkeit bei der Wohnraumsuche für ältere Menschen. Eine mir bekannte ältere Frau musste aufgrund einer Totalsanierung ihres Hauses aus einer Genossenschaftswohnung ausziehen und eine neue Wohnung suchen. Das stellte sich als grosse Herausforderung heraus. Sie war weder bei den Genossenschaften, noch bei den städtischen Wohnungen oder im privaten Wohnungsmarkt erfolgreich. Der Absagegrund war immer derselbe; man gebe keine Wohnungen an Menschen in ihrem Alter. So schnell gelangt man also aufs Abstellgleis. Dieser Frau blieb somit nur noch der Weg ins Altersheim – ein Weg, den sie sich eigentlich nicht vorstellen konnte. Im Altersheim fühlte sie sich entsprechend schlecht und geriet in eine Abwärtsspirale und wollte nicht mehr Leben. Erst als sie von einem privaten Liegenschaftsanbieter wieder eine Wohnung mieten konnte, lebte sie in ihren neuen vier Wänden wieder auf. Die FDP findet nicht, dass ältere Menschen aufs Abstellgleis gehören. Wir fordern den Stadtrat deshalb auf, bei der Vermietung von gemeinnützigen Wohnungen dafür zu sorgen, dass ältere Menschen mindestens ihrem Anteil entsprechend berücksichtigt werden. Der Bedarf zeigte sich auch in der Petition, die am 30. Oktober mit knapp 1000 Unterschriften überreicht wurde. Obwohl die Antwort des Stadtrates aufzeigt, dass ältere Menschen durchaus in gemeinnützigen Wohnungen wohnen, reicht das nicht aus. Die Antwort des Stadtrats fokussiert sich auf den aktuellen Stand und zeigt dabei, dass der Kern der Motion nicht verstanden wurde. Uns geht es mit diesem Vorstoss darum, dass auch ältere Menschen auf Wohnungssuche zum Zug kommen. Scheinbar erkannte das gestern auch der Vorsteher des Gesundheitsdepartements; er sprach in der Altersstrategie von den fehlenden bezahlbaren Wohnungen für ältere Menschen. Uns geht es nicht um ältere Menschen, die bereits in Wohnungen leben, sondern um die, die neue Wohnungen suchen müssen und in den Genossenschaften und städtischen Liegenschaften keine Wohnung mehr finden. Der Bestand zeigt lediglich auf, dass ältere Menschen auch in Wohnungen der Stadt leben. Er zeigt aber nicht auf, inwiefern ältere Menschen Zugang zu Wohnungen haben, nachdem sie beispielsweise wegen Sanierungen aus der Wohnung ausziehen mussten. Wir möchten, dass auch ältere Personen eine Möglichkeit haben, wieder eine Wohnung zu finden und sind der Meinung, dass das auch auf einem ausgetrockneten Wohnungsmarkt möglich sein muss. Die Stiftung Alterswohnungen der Stadt bietet heute etwa 2000 altersgerechte Wohnungen an. Das genügt jedoch bei weitem*

nicht. Auf der Warteliste der Stiftung stehen aktuell 2000 Personen. Es fehlt also die Hälfte der Wohnungen. Wir wollen, dass im Rahmen der Altersstrategie das Angebot für ältere Menschen weiter ausgebaut wird – und zwar mitten unter uns und nicht in separaten Siedlungen. Kleine Wohnungen sind oft für ältere Menschen vorgesehen. Es braucht in richtigen Alterswohnungen aber spezielle Vorkehrungen, damit spätere Massnahmen wie Rollstuhlgängigkeit möglich sind. Die kleinen Wohnungen sollen so gebaut werden, dass die älteren Menschen möglichst lang autonom bleiben können und mit geringerem Aufwand Hilfen installiert werden können. Immer mehr Menschen werden älter und wir bauen jetzt für die nächsten fünfzig Jahre. Die Babyboomer werden pensioniert und das Segment wird um zwanzig Prozent wachsen. Dem wird in der Beantwortung des Stadtrats relativ wenig Beachtung geschenkt. Wir möchten, dass vorausschauend gebaut wird und der Bedarf auch für die Babyboomer im Alter richtig geplant wird. Richtig geplant kostet dieser nämlich nicht viel zusätzlich. Korrekturen im Nachhinein sind hingegen teuer. Ältere Menschen möchten meist nicht ihr ganzes Leben in einer grossen Wohnung verbringen. Oft wäre ein Umzug in eine kleine Wohnung gewünscht. Wenn aber der Wohnungsmarkt für ältere Menschen nicht zugänglich ist, bleiben sie eben in den grossen Wohnungen leben und versperren damit grosse Wohnungen für andere Personen. Wir möchten, dass ältere Menschen selbstbestimmt die Grösse ihrer Wohnung an ihre persönliche Situation anpassen können, Senioren in kleinere Wohnung ziehen und die grossen Wohnungen für Familien frei werden.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: *Wenn man die Motion verkürzt und den Bereich Wohnungen weglässt, geht es in der Motion um eine vom Markt benachteiligte Bevölkerungsgruppe. Um diese zu schützen, soll der Staat nun handeln. Das entspricht einem klassischen Vorstoss von Grünen, AL oder SP und nicht von der FDP. Wir versuchten in der Antwort zu zeigen, dass der Stadtrat, die Stadt insgesamt und ihre Partner wie Genossenschaften bereits viel unternehmen. Das Anliegen ist in dem Bereich, in dem der Staat handeln kann, weitgehend erfüllt. Das Problem liegt im privaten Wohnungsbereich. Bei den subventionierten Wohnungen liegt der Anteil der über 70-Jährigen in der Gesamtbevölkerung bei 10,9 Prozent und bei der Wohnungsbelegung 17,2 Prozent. Die über 70-Jährigen sind bereits überdurchschnittlich vertreten. Der Anteil über 65-Jährigen liegt in der Wohnbevölkerung 14,6 Prozent und bei den Genossenschaften bei 19,3 Prozent. Das nominale Ziel ist auch hier bereits erreicht. Lediglich bei der Liegenschaftsverwaltung sind wir etwas darunter. Der gemeinnützige Wohnbauträger berücksichtigt die ältere Bevölkerung also relativ gut. Trotzdem haben es ältere Personen teils schwer, eine neue Wohnung zu finden. Deshalb unternimmt die Stadt bereits einiges. Die ältere Bevölkerung wurde auch in der Gemeindeordnung als benachteiligte Gruppe auf dem Wohnungsmarkt definiert. Ich kann Ihnen versichern, dass wir die Thematik ernst nehmen. Wir werden in der Liegenschaftsverwaltung dafür sorgen, dass das Anliegen auch beim vorausschauenden Planen und Bauen ernst genommen wird. Es gibt Bestrebungen, dass mehr gemischtes Wohnen geplant wird und die Liegenschaftsverwaltung verstärkt mit der städtischen Stiftung für Alterswohnungen zusammenarbeitet. So soll erkannt werden, wo mehr durchmischtes Wohnen geplant werden kann, damit auch mehr Wohnungen für die ältere Bevölkerung angeboten werden können. Wir nehmen das Anliegen als Postulat entgegen. Es ist aber klar, dass*

der Privatmarkt genauso gefordert ist.

Weitere Wortmeldungen:

Nicole Giger (SP): Die Motion greift ein sehr wichtiges Thema auf; der Wohnungsmarkt in Zürich ist angespannt und vor allem Menschen mit tiefem Einkommen, aber auch ältere Menschen, haben es schwer, eine geeignete Wohnung zu finden. Vielen Menschen geht es auch im Alter noch gut und es ist absolut verständlich, dass sie möglichst lange selbstständig in ihrer eigenen Wohnung bleiben wollen und können. Ein ausreichendes Angebot für diese Bevölkerungsgruppe ist notwendig. Dabei muss aber zwingend der Gesamtkontext betrachtet und angegangen werden. Nur eine benachteiligte Gruppe – in diesem Fall die ältere Generation – isoliert zu behandeln, ist nicht zielführend. Es darf nicht sein, dass wir die verschiedenen wenig privilegierten Gruppen gegeneinander ausspielen. Die Antwort des Stadtrats zeigt deutlich, dass bereits sehr viele ältere Menschen in städtischen Wohnungen und Genossenschaften wohnen. Bei den subventionierten Wohnungen liegt der Anteil an Personen um und über 70 Jahren bei 17,2 Prozent. Der Bevölkerungsanteil dieser Altersgruppe an der Gesamtbevölkerung liegt aber lediglich bei 10,9 Prozent. Es wohnen also bereits heute überdurchschnittlich viele ältere Personen in subventionierten Wohnungen. Bei den Genossenschaften zeigt sich ein ähnliches Bild: 19,3 Prozent der Bewohner und Bewohnerinnen sind 65 Jahre alt und älter während der Bevölkerungsanteil bei 14,6 Prozent liegt. Auch wenn Sie sich nicht in erster Linie auf den Bestand beziehen, kann man den Bestand definitiv nicht ausser Acht lassen. Es gibt ausserdem die Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich. Sie richtet sich explizit an Stadtbewohnerinnen und Stadtbewohner, die 60 Jahre und älter sind. Ende 2017 waren es etwas mehr als 2000 Wohnungen, die die Stiftung zur Verfügung stellte. 2215 Menschen leben in einer solchen Wohnung. Das Durchschnittsalter beträgt 77 Jahre und älter. Diese Zahlen bedeuten nicht, dass es keinen Handlungsbedarf gibt oder alles gut ist. Die Zahlen belegen aber, dass das Problem der Stadt und den Genossenschaften bereits bewusst ist und vieles unternommen wird, um auch älteren Menschen ein Zuhause zu bieten. Das Problem ist real – Stadt und Genossenschaften sind aber nicht die Verursacher. Offensichtlich tragen die renditeorientierten Vermieter zum Problem bei. Wir finden es wichtig, dass wir uns alle dafür einsetzen, dass auch ältere Menschen so wohnen können, wie sich das wünschen. Die Stadt und zahlreiche Genossenschaften unternehmen bereits heute viel – deshalb wäre es wichtig und richtig, wenn auch die Privaten ihren Teil beitragen. Es wäre begrüssenswert, wenn auch die Privaten aufzeigen könnten, wie die Altersstruktur in ihren Wohnungen aussieht. Auch mit entsprechenden Vorgaben im Mietreglement könnte ein wertvoller Beitrag geleistet werden. Zudem könnten auch die Privaten – wie dies die Genossenschaften bereits heute tun – Ersatzangebote anbieten, wenn jemand seine alte Wohnung verlässt oder sie verlassen muss. Das ist gerade für die Menschen wichtig, die es schwer haben, eine geeignete Nachfolgelösung zu finden. Wir sind der Meinung, dass gerade institutionelle, grosse Vermieter mit einem breiten Portfolio absolut in der Lage sind, sich aktiv an einer Lösung zu beteiligen. Deshalb soll am Ende des Motionstextes folgendes ergänzt werden: «Ausserdem soll sich der Stadtrat bei den institutionellen privaten Liegenschaftsverwaltungen einsetzen, damit diese ihren Anteil an alten Menschen ebenfalls ausweisen und nach Möglichkeit der speziellen Situation der über 70-Jährigen mit Ersatzangeboten bei Ersatzneubauten, um die entsprechenden Vorgaben in ihren

Mietreglementen Rechnung tragen.» Zudem müsste die Motion in ein Postulat umgewandelt werden. Die Forderung der Motion ist bereits heute erfüllt – Menschen sind bereits heute gemäss dem Bevölkerungsanteil in gemeinnützigen Wohnungen vertreten. Als Postulat mit Textänderung stimmen wir dem Vorstoss zu. Das wäre der vielversprechendste Weg, um dem Problem zu begegnen und den Wohnungsmarkt, gerade auch für ältere Menschen, weniger erhitzt zu gestalten.

Pirmin Meyer (GLP): *Die anvisierte Altersgruppe hat in der Stadt bestimmt keinen einfachen Stand bei der Wohnungssuche. Sie ist weniger mobil als andere Bevölkerungsgruppen und stark sozial in der gewohnten Umgebung verankert. Wir sehen aber Schwierigkeiten in der Umsetzung. Ältere Personen sind aufgrund ihres bestehenden Umfelds eher nicht bereit, von einem Ende ans andere Ende der Stadt zu ziehen, wenn dort eine geeignete gemeinnützige Wohnung frei wird. Das Bedürfnis nach längerem Verweilen in der gewohnten Umgebung soll aber so oder so nicht isoliert, sondern im Kontext der Entwicklung der nächsten Altersstrategie betrachtet werden. Der Departementszuständige scheint aber offen zu sein und signalisierte Bereitschaft. In der Antwort des Stadtrats wird darüber hinaus eine eindruckliche Anzahl gesetzlicher Grundlagen genannt, die älteren Personen einen besseren und einfacheren Zugang zu Wohnungen und anderen geeigneten Wohnformen ermöglichen sollen. Auch der Blick in die Statistik zeigt, dass die Bevölkerungsgruppe über 70 weder in den subventionierten städtischen Wohnungen noch in Genossenschaften im Verhältnis zum Gesamtbevölkerungsanteil unterdurchschnittlich vertreten ist. Angesichts der Tatsache, dass wir immer älter werden und möglichst lange zuhause leben wollen, müssen wir uns dem Anliegen der Motionäre annehmen. Die GLP will sich dem Anliegen nicht vollends verschliessen und würde es als Postulat unterstützen.*

Andreas Kirstein (AL): *Der demografische Wandel und seine Auswirkungen auf den Wohnungsbau sind ein spannendes Thema. Als Vizepräsident der grössten Schweizer Baugenossenschaft beschäftige ich mich mit den Auswirkungen auf den gemeinnützigen Wohnungsbau bereits seit vielen Jahren. Die Probleme der älteren Generation, die auf dem Wohnungsmarkt unbestritten sehr gross sind, sind eindeutig nicht die Folge eines Bewirtschaftungsproblems von Wohnraum, sondern Folge von struktureller Unterversorgung von geeignetem bezahlbarem Wohnraum für die Bevölkerung im Ganzen, aber ganz speziell für diese Bevölkerungsgruppe. Die Verteilung der gebauten Wohnungen an die richtige Gruppe wird bereits heute mittels der gültigen Belegungsvorschriften der von der Stadt unterstützten Stiftungen und Genossenschaften sichergestellt. Bei Privaten sieht das leider naturgemäss anders aus. Bei Baurechtsvergaben und in den eigenen städtischen Siedlungen und Stiftungen kann die Stadt Einfluss nehmen und bedarfsgerecht für die ältere Bevölkerung bauen. Im heutigen Bestand sind aber sehr viele Siedlungen und Wohnungen, die diesen Anforderungen noch nicht gerecht werden. Generell kann das Problem am Wohnungsmarkt nicht durch gutgemeinte Fokussierungen auf die jeweils gerade aktuellen Problemgruppen gelöst werden. Es ist für alle Akteure – die Stadt, Stiftungen, Genossenschaften und auch private Wohnungsproduzenten – sehr schwierig, das Angebot bedarfsgerecht zu steuern. Die Bevorzugung des einen oder anderen Klientel in mehr oder weniger gut gemeinten Vorstössen bringt keine Lösung – im Gegenteil. Die vorher*

genannten Akteurinnen – und damit spreche ich eindeutig die privaten Wohnungsproduzenten an – müssen in Zukunft noch enger zusammenwirken, um mittels angepasster Planung den Bedarf von morgen zu antizipieren. Wir müssen heute für morgen produzieren; das ist eine Herkulesaufgabe, die wir in der Breite lösen müssen und nicht in der Zuspitzung auf die jeweils gerade passende Klientel. Mit solchen Fokussierungen erreichen wir eindeutig nichts.

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Ich habe meine Erfahrungen als Präsident einer kleinen Baugenossenschaft gemacht und komme zu ganz anderen Schlüssen als Andreas Kirstein (AL). Bei den Gesuchen auf meinem Tisch war die Selektion von älteren und jüngeren Personen immer ein Gewissensentscheid. Ich habe die Freude der älteren Menschen gesehen, die eine Genossenschaftswohnung bekamen. Eine Heimat zu finden, ist nämlich unbezahlbar. Dennoch spielt der finanzielle Aspekt eine Rolle. Es steht nicht gut um die Rente, weil Pensionskassen das Geld nicht mehr so gut anlegen können und es Negativzinsen gibt. Das haben wir teilweise auch der Eurorettung zu verdanken, die wir mitbezahlen. Eigenheimbesitzer müssen ihr Heim häufig verkaufen, weil sie die Steuern, die nach einem rein kalkulierten Einkommen erhoben werden, nicht mehr aus ihren Renten finanzieren können. Auch diesen Menschen muss man unbedingt eine Heimat bieten. Wir haben unseren Wohlstand den Menschen zu verdanken, die heute älter sind. Wir müssten dementsprechend Solidarität zeigen. Ich finde es sinnvoll, eine Motion einzureichen. Die SP und GLP sprechen hier ein Lippenbekenntnis, wenn sie das Anliegen nur als Postulat überweisen. Es ist bedauerlich, dass sie sich nicht wirklich für die Älteren einsetzen wollen.

Dr. Pawel Siberring (SP): Die FDP kann sich zugutehalten, ein relevantes Thema aufgenommen zu haben. Das ist für uns Grund genug, den Vorstoss nicht einfach abzulehnen. Wenn wir uns darauf einigen können, die Lösung gemeinsam und breit anzugehen, werden ältere Menschen in einigen Jahren mit intakten Chancen am Wohnungsmarkt teilnehmen können. Nachdem wir jetzt aber wissen, dass die gemeinnützigen Anbieter sowohl bei Stadt auch als bei den Genossenschaften ihren Teil beitragen, sind in erster Linie die renditeorientierten Privaten aufgefordert, ihren Anteil ebenfalls zu übernehmen. Als einer der Motionäre ist der Präsident des Hauseigentümergebietes sicherlich der richtige Ansprechpartner. Wenn es Genossenschaften gibt, die auf dieses Thema zu wenig sensibilisiert sind, betrifft es auch diese. Ich traue dem Ganzen aber ehrlich gesagt nicht so richtig. Die FDP war in den letzten Jahren erfinderisch, wenn es darum ging, den ungeliebten Genossenschaften zusätzliche Regeln und Aufgaben zuzuschieben. Ich erinnere beispielsweise an die Einzelinitiative von Pablo Büniger oder die Motion zu den Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfänger oder an die Vorgaben zur Bodennutzung. Diese Vorgaben waren exklusiv für die Genossenschaften bestimmt. Falls die Motionäre auf einer Motion bestehen, werden wir sie ablehnen. Wir unterstützen keine Haltung, bei der Aufgaben einfach abgeschoben werden.

Walter Angst (AL): Das hier aufgegriffene Problem ist dramatisch, weil aufgrund des beschleunigten Ersatzneubaus sehr viele ältere und alte Menschen ihre Wohnung verlieren und für sich keine Chance sehen, in ihrem angestammten Umfeld wieder eine neue Woh-

nung zu finden. Es ist ein Problem der Altersstrategie, dass man Menschen eine Bleibeperspektive in einem Lebensabschnitt garantiert, in dem sie ihren Radius reduzieren und auf Wohnraum in ihrem Umfeld angewiesen sind – in einer Situation, in der sie nie wieder über mehr Geld verfügen werden, als sie bisher hatten. Elisabeth Schoch (FDP) verlangt auf diese Problemlage von der Stadt eine neue Verordnung, die die Bewirtschaftung der bestehenden gemeinnützigen Wohnungen weiter strangulieren will. Das ist ein absurder Vorschlag. Sie haben mit der unnützen Vermietungsverordnung bereits einen Punkt gesetzt, mit dem das Vermieten immer schwieriger wird. Wenn es nach dem Plan der Stadt und der FDP geht, will man die Vorschriften auch den Baugenossenschaften «aufdoktrinieren». Bernhard im Oberdorf (SVP) kann dann nicht mehr frei entscheiden, wem er eine Wohnung geben will. Ich glaube ihm sogar, dass er bewusst älteren Menschen eine Wohnung vermittelt. Es ist aber unverschämte, die gemeinnützigen Wohnbauträger immer weiter mit neuen Vorschriften zu strangulieren und die Verantwortung, die der Wohnungsmarkt aufgrund Ihrer Renditevorstellungen nicht bewältigen kann, auf die Gemeinnützigen und die Stadt zu schieben. Wenn es Ihnen mit Ihrer Forderung ernst wäre, würden Sie am 9. Februar die Wohninitiative annehmen, die dafür sorgt, dass das Angebot an bezahlbarem Wohnraum erweitert werden kann. Die Produktion muss geändert werden – und nicht die Verwaltung von bestehendem Wohnraum. Ein Projekt, das und unter anderem vom Mieterverband und von Albert Leiser unterstützt wird, will dafür sorgen, dass ältere Menschen in ihrem angestammten Umfeld beim Umzug in eine kleinere Wohnung nicht mehr zahlen müssten und dabei Wohnraum freigeben könnten. Das sind spannende Ansätze. Auch das Projekt des SVIT (Schweizerische Verband der Immobilienwirtschaft Zürich) orientiert sich spezifisch auf ältere Menschen und will in der Bewirtschaftung ein Umdenken ansetzen. Studien belegen aber, dass in Realität bei Immobilienbewirtschaftungen Menschen über 65 oder 60 bei der Vermietung nicht mehr berücksichtigt werden. Es ist nicht so, dass die Gemeinnützigen in diesem Bereich bisher eine super Rolle gespielt hätten – die Gemeinnützigen haben auch auf Druck der Stadt den Fokus auf Familien gelegt. Es wird ein Einheitsbrei aus Vierzimmerwohnungen gebaut und es fehlt an Kleinwohnungen. Es freut mich zu hören, dass in der Strategie der Liegenschaftsverwaltung ein Umdenken weg vom Familienfokus stattfindet. Der vorliegende Vorstoss, der auf die Bewirtschaftung zielt, ist aber unbrauchbar. Wir müssen dafür sorgen, dass Stadtrat Andreas Hauri endlich mehr Geld erhält, um mehr Alterswohnungen zu bauen, die gezielt auch Angebote für Betreuung und Unterstützung bieten und Raum geschaffen werden kann für Menschen, die sonst keine Perspektive mehr sehen.

Ernst Danner (EVP): Wir finden den Vorstoss sympathisch und haben im Gegensatz zur CVP 2010 zwei Initiativen eingereicht, damit wir nicht nur eine familiengerechte Stadt haben, sondern auch ein seniorengerechtes Zürich. Der Vorstoss liegt ganz auf dieser Linie. Wir sind aber auch der Meinung, dass eine Motion schwierig ist und würden den Vorstoss deshalb gerne als Postulat unterstützen – auch mit dem Textänderungsantrag, obwohl ich nicht finde, dass die Stadt den Privaten sagen soll, wie sie sich zu benehmen haben.

Elisabeth Schoch (FDP) ist einverstanden die Motion in ein Postulat umzuwandeln und beantragt Abstimmung unter Namensaufruf: Nur weil wir nicht wollen, dass mit dem Giesskannenprinzip alle unterstützt und bevormundet werden, ist das noch lange kein Grund, uns so anzugreifen. Es scheint, als wäre Ihnen die Gentrifizierung plötzlich egal.

Auf einmal wollen Sie Alterssiedlungen bauen, in denen alle alten Menschen zusammen sind. Die sonst so gewünschte Durchmischung ist hier plötzlich fehl am Platz. Der Staat muss handeln, weil der Staat dem Wohnungsmarkt die Flexibilität nahm. Bereits annähernd 30 Prozent der Wohnungen sind schon gar nicht mehr in einem Wohnungsmarkt – es ist bald lächerlich, von einem Wohnungsmarkt zu sprechen. Der Stadtrat zeigte deutlich auf, dass der Bestand in Ordnung ist. Es geht heute aber um Vermietungen. Ich bin der Meinung, dass wir hier ein stärkeres Augenmerk legen müssen, weil sich die Situation verändert hat und nicht zuletzt genau in den gemeinnützigen und subventionierten Siedlungen im grossen Stil umgebaut wird oder Ersatzneubauten geplant werden. Wir verlangen zudem nichts Unmögliches. Wir verlangen nur, dass im Verhältnis zu den über 70 Jahre alten Menschen, Wohnungen in der Neuvermietung zur Verfügung gestellt werden. Das muss nicht in jeder Siedlung zu gleichen Teilen geschehen, sondern eine pragmatische Lösung gesucht werden. Unsere Ansicht beim Thema Eigentum lautet: wer bezahlt, befiehlt. Lassen Sie uns da etwas verändern, wo wir es auch können – bei den gemeinnützigen Wohnungen und den Wohnungen der städtischen Liegenschaftsverwaltung – und nicht da, wo wir kein Recht dazu haben. Wir sind bereit, die Motion in ein Postulat umzuwandeln. Die Textänderung der SP lehnen wir aber ab.

Res Marti (Grüne): *Dieser Vorstoss ist schizophren. Es gibt viele ältere Menschen, die auf dem Wohnungsmarkt keine Wohnung mehr finden. Das ist ein trauriges Problem, das wir lösen müssen. Es gibt auf dem Wohnungsmarkt aber auch viele andere traurige Geschichten – von jungen Familien, die ihre Wohnung verlieren, aber hier bleiben wollen. Die traurigen Geschichten haben etwas gemeinsam: Menschen verlieren ihre Wohnungen auf dem freien Markt, weil irgendjemand mehr Rendite generieren will. Dieses Detail liess Elisabeth Schoch (FDP) bei ihrer tragischen Geschichte aus. Ihre Bekannte ist sicherlich nicht aus einer gemeinnützigen Wohnung oder einer Stadtwohnung geflogen. Die gleiche Partei, die auf Bundesebene bei jeder Gelegenheit das Mietrecht einschränken will, macht hier auf Symptombekämpfung und will die Probleme ihrer eigenen Politik mit solch blöden Vorstössen lösen.*

Michael Schmid (FDP): *Walter Angst (AL) sprach davon, dass wir uns die Produktion ansehen müssen und nicht den Bestand. Das Drittelziel zielt aber auf den Bestand. Dabei muss man aber sehen, dass das Drittelziel ein bestimmtes öffentliches Interesse unterstellt, dass insbesondere bestimmte Bedürfnisse eines Players in diesem Drittelziel – die Stadt selbst – besonders berücksichtigt. Unser Vorstoss verlangt nicht mehr und nicht weniger als konkret für eine bestimmte Bevölkerungsgruppe etwas zu unternehmen, ausgehend von der Wohnpolitik, deren Rahmen Sie setzten. Wir sind uns einig, dass auf der Produktionsseite etwas geschehen muss.*

Matthias Prost (Grüne): *Es ist unbestritten, dass es ältere Menschen schwierig haben, auf dem Wohnungsmarkt in der Stadt eine Wohnung zu finden. Die Frage ist nur, wo man dabei ansetzen muss. Hier könnte die Uneinigkeit nicht grösser sein, als sie es heute Abend ist. Vielleicht scheitert es aber auch an der Problemanalyse bei der FDP. Sie wirkt ein wenig zahlenblind. Stadtrat Daniel Leupi zeigte, dass die gemeinnützigen Wohnbauträger bereits heute verhältnismässig mehr dazu beitragen, dass ältere Menschen und*

auch andere benachteiligte Gruppen Wohnraum finden. Sie verlangen von den gemeinnützigen Wohnbauträgern, dass sie eine öffentliche Aufgabe übernehmen, die sie heute bereits in einem erhöhten Mass übernehmen. Sie verlangen von einer privaten Institution, die grösstenteils weder staatlichen Boden besitzt, noch auf Baurecht der Stadt steht, aber erheblich mehr beiträgt im Gegensatz zum privaten Wohnungsmarkt, die Lösung des rein durch Spekulation verursachten Wohnproblems. Sie wollen aber den Institutionen, die das Problem teilweise bereits lösen und es laut Ihnen weiterhin lösen sollen, nicht helfen, bevorzugt zu Grund und Boden kommen. Im Gegenteil; Sie verhindern jeden Schritt, der diesen Institutionen zu mehr Geld verhelfen könnte. Wenn es Ihnen ernst wäre, würden Sie schon lange etwas anders fordern.

Andreas Kirstein (AL): *Die Hauptaussage von mir und der Genossenschaftsbewegung ist, dass es nicht um den Bestand, sondern um die Produktion des bedarfsgerechten Wohnraums geht. Ich betonte ausdrücklich, dass es eine Aufgabe ist, die nicht eine Produzentin auf diesem Gebiet alleine übernehmen kann. Ich bin nach wie vor der Meinung, dass durchaus auch private Wohnungsproduzenten hier einen Platz haben. Das Erreichen des Drittelziels – bei dem es eben genau nicht um den Bestand geht, sondern ein Ziel im Wachstum erreicht werden soll – führt unter den Bedingungen der heutigen Bodensituation dazu, dass die gemeinnützigen Wohnbauträger immer mehr ins Hintertreffen geraten, weil sie in der Wohnungsproduktion aufgrund der für sie bestehenden eingeschränkten Möglichkeiten gar nicht mehr mithalten können. Alle Bemühungen – auch die der FDP – Stiftungen und Genossenschaften zu günstigem Land kommen zu lassen, die eine strukturelle Umschichtung im Wohnbestand schaffen können, sind extrem willkommen. Ein gut gebautes Haus steht für fünfzig bis achtzig Jahre und wird nicht einfach abgerissen, weil der Wohnungsmix gerade nicht mehr passt. In den neu produzierten Siedlungen der Genossenschaften wird den von Walter Angst (AL) angesprochenen Notwendigkeit Rechnung getragen und es ist richtig, dass wir von der einseitigen Fixierung auf Familienwohnungen – gerade bei den gemeinnützigen Wohnungen – unbedingt wegkommen müssen. Wir wollen die Rahmenbedingungen für die Wohnproduktion verändern können. Es braucht weitere staatliche Eingriffe, die dazu führen, dass wir eine entsprechende Umschichtung erreichen.*

Nicole Giger (SP) stellt den Ablehnungsantrag zum Postulat.

Der Rat stimmt dem Antrag von Elisabeth Schoch (FDP) mit 86 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 30 Stimmen gemäss Art. 41 Abs. 1 GeschO GR erreicht.

Abstimmung gemäss Art. 41 GeschO GR:

Abstimmungsprotokoll				
Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
012	Aubert	Marianne	SP	NEIN
042	Beer	Duri	SP	NEIN
129	Anken	Walter	SVP	--
112	Bourgeois	Yasmine	FDP	JA
060	Blättler	Florian	SP	NEIN
134	Bartholdi	Roger	SVP	JA
173	Avdili	Përparim	FDP	JA
168	Bertozzi	Roberto	SVP	JA
071	Bätschmann	Monika	Grüne	NEIN
105	Baumann	Markus	GLP	JA
161	Anderegg	Peter	EVP	JA
084	Angst	Walter	AL	NEIN
088	Akyol	Ezgi	AL	NEIN
148	Balsiger	Samuel	SVP	JA
031	Brander	Simone	SP	NEIN
018	Breitenstein	Sarah	SP	NEIN
154	Brunner	Alexander	FDP	JA
166	Brunner	Susanne	SVP	--
054	Bührig	Marcel	Grüne	--
070	Bürgisser	Balz	Grüne	NEIN
122	Bürki	Martin	FDP	--
143	Danner	Ernst	EVP	JA
065	Denoth	Marco	SP	NEIN
061	Diggelmann	Simon	SP	NEIN
079	Eberle	Natalie	AL	NEIN
004	Egger	Heidi	SP	NEIN
127	Egli	Andreas	FDP	JA
030	Egloff	Mathias	SP	NEIN
059	Erdem	Niyazi	SP	NEIN
118	Eugster	Emanuel	SVP	JA
033	Fischer	Renate	SP	NEIN
162	Föhn	Roger	EVP	JA
014	Frei	Dorothea	SP	NEIN
045	Früh	Anjushka	SP	NEIN
024	Fürer	Brigitte	Grüne	NEIN
101	Garcia	Isabel	GLP	JA
087	Garcia Nuñez	David	AL	NEIN
049	Geissbühler	Marco	SP	--
009	Giger	Nicole	SP	NEIN

10 / 12

001	Glaser	Helen	SP	NEIN
150	Götzl	Martin	SVP	JA
020	Graf	Davy	SP	NEIN
066	Helfenstein	Urs	SP	NEIN
098	Hofer Frei	Simone	GLP	JA
013	Huber	Patrick Hadi	SP	NEIN
010	Huberson	Nadia	SP	NEIN
092	Hüni	Guido	GLP	JA
114	Huser	Christian	FDP	JA
115	im Oberdorf	Bernhard	SVP	JA
120	Iten	Stephan	SVP	JA
011	Kägi Götz	Maya	SP	NEIN
038	Kälin-Werth	Simon	Grüne	NEIN
057	Käppeli	Hans Jörg	SP	NEIN
085	Kirstein	Andreas	AL	NEIN
026	Kisker	Gabriele	Grüne	NEIN
141	Kleger	Thomas	FDP	JA
025	Knauss	Markus	Grüne	NEIN
153	Kobler	Raphael	FDP	JA
174	Koch	Sabine	FDP	JA
046	Kraft	Michael	SP	NEIN
094	Krayenbühl	Guy	GLP	JA
075	Kunz	Markus	Grüne	NEIN
048	Lamprecht	Pascal	SP	NEIN
158	Landolt	Maleica	GLP	--
121	Leiser	Albert	FDP	JA
077	Leitner Verhoeven	Andrea	AL	NEIN
052	Maggi	Luca	Grüne	NEIN
081	Maillard	Patrik	AL	NEIN
201	Manser	Joe A.	SP	NEIN
008	Manz	Mathias	SP	NEIN
005	Marti	Elena	Grüne	NEIN
037	Marti	Res	Grüne	NEIN
072	Meier-Bohrer	Karin	Grüne	NEIN
104	Merki	Markus	GLP	--
103	Meyer	Pirmin	GLP	JA
093	Monn	Christian	GLP	JA
055	Moser	Felix	Grüne	NEIN
157	Müller	Marcel	FDP	JA
164	Müller	Rolf	SVP	JA
096	Nabholz	Ann-Catherine	GLP	JA
032	Näf	Ursula	SP	NEIN

102	Novak	Martina	GLP	JA
108	Pflüger	Severin	FDP	JA
039	Prelicz-Huber	Katharina	Grüne	NEIN
073	Probst	Matthias	Grüne	NEIN
144	Rabelbauer	Claudia	EVP	JA
058	Renggli	Matthias	SP	NEIN
006	Richli	Mark	SP	NEIN
130	Richter	Derek	SVP	JA
069	Riklin	Urs	Grüne	--
082	Romanelli	Olivia	AL	NEIN
022	Roose	Zilla	SP	NEIN
097	Roy	Shaibal	GLP	JA
062	Sangines	Alan David	SP	--
063	Savarioud	Marcel	SP	NEIN
003	Schatt	Heinz	SVP	--
089	Schiller	Christina	AL	NEIN
002	Schiwow	Mischa	AL	NEIN
067	Schmid	Marion	SP	NEIN
135	Schmid	Michael	FDP	JA
176	Schoch	Elisabeth	FDP	JA
170	Schwendener	Thomas	SVP	JA
183	Seidler	Christine	SP	NEIN
117	Señorán	Maria del Carmen	SVP	JA
099	Siev	Ronny	GLP	JA
019	Silberring	Pawel	SP	NEIN
139	Silberschmidt	Andri	FDP	JA
132	Sinovic	Dubravko	SVP	JA
107	Sobernheim	Sven	GLP	JA
015	Speck	Roger-Paul	SP	NEIN
034	Strub	Jean-Daniel	SP	NEIN
035	Tobler	Marcel	SP	NEIN
178	Tognella	Roger	FDP	JA
109	Tschanz	Raphaël	FDP	JA
041	Urben	Michel	SP	NEIN
151	Urech	Stefan	SVP	JA
175	Ursprung	Corina	FDP	JA
047	Utz	Florian	SP	NEIN
156	Vogel	Sebastian	FDP	JA
044	Wey	Natascha	SP	NEIN
146	Widmer	Johann	SVP	--
028	Wiesmann	Barbara	SP	NEIN
021	Ziswiler	Vera	SP	NEIN

12 / 12

136	Zürcher	Martina	FDP	JA
125	Zygmunt	Dominique	FDP	JA

Das Postulat GR Nr. 2019/523 (statt Motion GR Nr. 2018/213, Umwandlung) wird mit 49 gegen 65 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat